



**Lost Generation  
Volksbegehren  
„Rettung unserer Sparbücher“  
19. bis 26. Juni 2023  
Dr. Kurt Traar**

## **A. Warum kam es zum Volksbegehren „Rettung unserer Sparbücher?“**

Ungeheuerliches begab sich jüngst in Wien. Mir fehlen die Worte! Eine Verzweifelte von der „Lost Generation“ (Verlorene Generation) klebte sich mit ihrem Hund vor einer österreichischen Bank fest, um gegen die Vernichtung unserer Sparbücher zu protestieren.

Wie die 5-Sterne-für-Österreich-Partei aus zuverlässig trüben Quellen erfuhr, hat die Staatsanwaltschaft bereits Vorerhebungen zwecks Bildung einer kriminellen Vereinigung von Mensch und Hund eingeleitet.

Warum aber kam es zu dieser Verzweiflungstat? Eine simple Erklärung dazu bietet die galoppierende Inflation in den letzten Jahren. Für den April 2023 wies Statistik Austria 9,7 Prozent als Inflationsrate (Index der Verbraucherpreise) aus - und 13,2 Prozent für Lebensmittel. Etwas weniger – und zwar 8,8 Prozent – wurden für den Mai geschätzt.

Während Bundesregierung sowie Landesregierungen Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Inflation auf das tägliche Leben der Menschen, deren etwaige Wirksamkeit ich nicht beurteilen möchte, trafen, blieb die schändliche Enteignung unserer Sparguthaben völlig unberücksichtigt und wurde von den Medien des Landes nicht einmal wahrgenommen.

**Dass aber Bundesregierung und Österreichische Nationalbank eine solche brutale Enteignung privater Sparer zuließen, war aber nicht immer so!**

Vor ungefähr 50 Jahren rollte wie 2022 eine fast ebenso heftige Teuerung durch unser Land. Damals gewährten aber unsere Banken den Sparern Zinsen bis zu fünf Prozent p. a. auf täglich fällige Sparguthaben, da die Leitzinsen der damals noch wirklich unabhängigen Österreichischen Nationalbank dementsprechend hoch waren. Für gebundene Spareinlagen gab es dann noch höhere Zinsen, so dass Realzinsgewinne (d.h. die Sparzinsen waren höher als die Inflationsrate) erzielt werden konnten.

**Diesmal rettet uns aber keine Nationalbank mehr! Hinzu kommt, dass die Großbanken unseres Landes nicht einmal die Erhöhung der Leitzinsen von mageren 3,75 Prozent (Stand: Mai 2023) durch die EZB an die leidgeprüften Sparer weitergeben.**

Daher wurde von den 5-Sternen-für-Österreich ein Volksbegehren zur Rettung unserer Sparbücher eingebracht.

**In der Zeit vom 19. bis zum 26. Juni 2023 liegt in allen Gemeinden und auch ONLINE das Volksbegehren „Rettung unserer Sparbücher“ zur Unterschrift auf, das bereits 44.000 Unterstützungserklärungen erhielt.**

### **Text des Volksbegehrens:**

**Forderung der 5-Sterne-für-Österreich bezüglich einer Ergänzung zum Bundesgesetz über das Bankwesen § 32: Die öffentliche Hand subventioniert jährlich die jeweiligen Sparguthaben österreichischer Staatsbürger sowie gemeinnütziger Vereine des Landes bis zu € 50.000,-- mit bis zur Hälfte der jährlichen Inflationsrate des Vorjahres (KESt.-frei) als Abgeltung der jährlichen Inflation. Und zwar durch das Einrichten eines eigenen Sparkontos, Sparbuch „Austria A“.**

Dieses sehr günstige Sparangebot, Sparbuch „Austria A“, gilt auch für alle gemeinnützigen Vereine und Organisationen des Landes. Die meisten gemeinnützigen Organisationen haben nämlich die Rechtsform eines Vereines gewählt.

Wenn Sie daher einen solchen Verein oder eine solche Organisation finanziell unterstützen oder dort sogar mitarbeiten, dann haben Sie einen weiteren Grund, dieses Volksbegehren zu unterschreiben bzw. andere zur Abgabe einer Unterschrift zu ermuntern.

**Sollte aber dieses Volksbegehren die notwendigen 100.000 Unterschriften, die eine Behandlung durch das Parlament erforderlich macht, erhalten, dann erlauben wir uns, folgenden Vorschlag zu unterbreiten:**

**„Ab dem 1. Jänner 2024 werden österreichischen Staatsbürgern und gemeinnützigen Vereinen des Landes von ausgewählten österreichischen Banken ein spezielles Sparbuch, Sparbuch Austria A, angeboten, wovon von der öffentlichen Hand bis zu € 50.000,-- täglich fälliger Gelder mit vier Prozent Sparzinsen p.a. (KESt.-frei) subventioniert werden.“**

**Der zu subventionierende Zinssatz gilt dann immer für ein Kalenderjahr und wird aus der Inflation des Vorjahres berechnet.**

## **B. Zehn Argumente und eine allgemeine Überlegung zur „Rettung unserer Sparbücher“**

### **1. Warum müssen unsere Sparbücher gerettet werden?**

**Die Empörung unter der Bevölkerung ob der galoppierenden Inflation ist denkbar groß. Bereits das zweite Jahr bewegt sie sich zuweilen in unserem Lande im zweistelligen Bereich.**

Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte auf die größte Inflation seit siebzig Jahren sehr verhalten, um es vornehm auszudrücken, nachdem sie diese lange Zeit als kurzzeitige Erscheinung (Folgen der Covid-19-Pandemie bzw. Putins Gaskrieg) einstufte und sich dementsprechend auch so verhielt.

**Inzwischen wurden die Leitzinsen in kleinen Trippelschritten auf 3,75 Prozent (Stand Mai 2023) erhöht, wo doch eine solche auf acht Prozent und mehr eher angebracht gewesen wäre.**

Eine kurze Erklärung hinsichtlich einer angemessenen Höhe der EZB-Leitzinsen: Für eine solche Erhöhung auf acht Prozent spricht ein Vergleich mit den Leitzinsen in den USA. Die amerikanische Notenbank (FED) hat auf eine Inflationsrate von 4,9 Prozent im April 2023 mit einer Erhöhung der Leitzinsen auf 5,25 Prozent reagiert, die Europäische Zentralbank (EZB) hingegen mit 3,75 Prozent Leitzinsen auf geschätzte 7 Prozent Inflationsrate in der Eurozone.

**Dass aber Bundesregierung und Österreichische Nationalbank eine solche brutale Enteignung der privaten Sparer zuließen, war nicht immer so!**

Hohe Inflationsraten sind auch in Österreich nichts Neues: Beispielsweise lag im Jahr 1974 der Verbraucherpreisindex (die Inflationsrate) bei 9,7 Prozent „per annum“ und sogar bei 10,2 Prozent im Juni des gleichen Jahres.

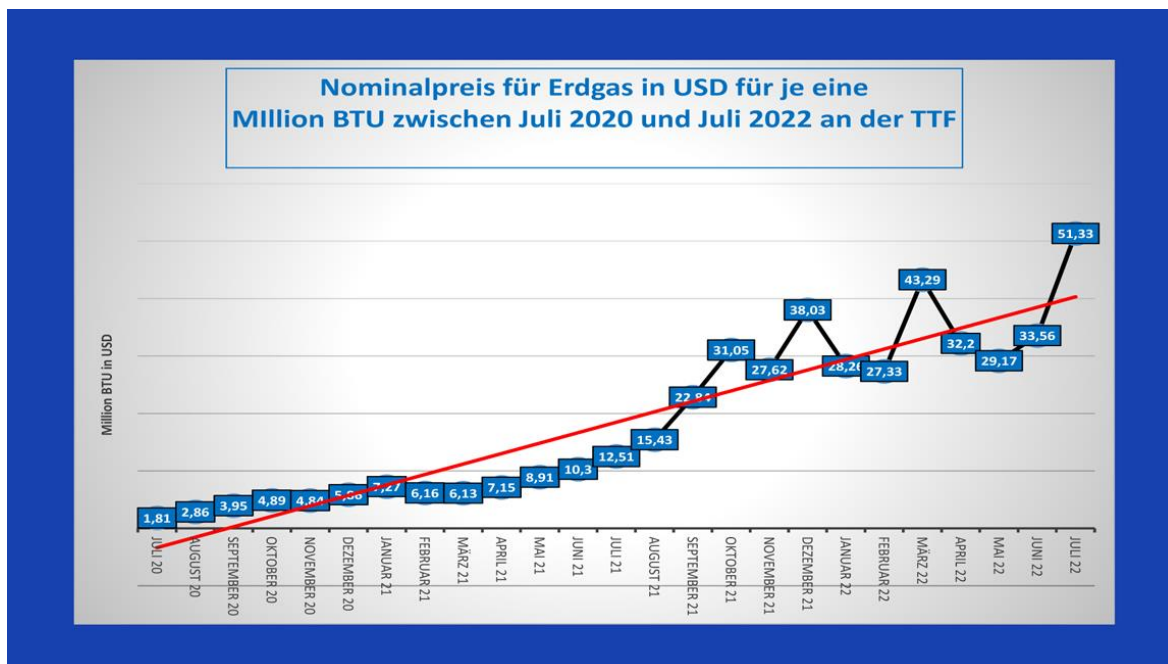
**Aber damals hatten wir noch unseren Schilling („Alpendollar“ liebevoll genannt), die Regierung Kreisky/Androsch sowie einer unter der Leitung des ehemaligen ÖVP-Finanzministers, Stephan Koren, wirklich unabhängigen Österreichischen Nationalbank, die energisch dagegen steuerte, worauf in den Jahren zwischen 1975 – 1978 Nominalzinsen fast in der gleichen Höhe wie die jeweiligen Inflationsraten auf täglich fällige und sogar darüber hinaus auf gebundene Spareinlagen gewährt wurden, wiewohl damals die Inflationsrate nicht so hoch wie derzeit war.**

Der Nominalzinssatz auf täglich fällige Sparguthaben lag im Dezember 1974 bei satten fünf(!) Prozent, für gebundene Spareinlagen war er dann dementsprechend höher. Da die Inflationsraten in all diesen Jahren nicht immer gleich hoch waren, konnten sich die Sparer über Realzinsgewinne (Sparzinsen minus Inflationsrate) von mehreren Prozentpunkten erfreuen.

## **2. Wer ist an der galoppierenden Inflation schuld: Putin oder Lagarde?**

Der Einfluss Putins auf die Inflation kann am Beispiel der Entwicklung der Preise für Adhoc-Einkäufe von Erdgas auf den internationalen Spotmärkten in den Jahren 2020 – 2022 sinnfällig demonstriert werden. **Solche kurzfristigen Einkäufe mussten vor allem nach dem Ausfall russischen Erdgases getätigt werden!**

- Man muss sich das einmal vorstellen: Die Adhoc-Gaspreise sind in diesem Zeitraum – 2020 bis 2022 - um das Zehnfache und mehr gestiegen. **Eine kleine Umrechnung in Prozent gefällig: stolze 1.000 Prozent.**
- Anfänglich – und zwar verglichen mit der explosionsartigen Steigerung im Laufe des Jahres 2022 – war noch ein relativ „moderater“ Anstieg zu beobachten. **Allerdings betrug bereits damals der Preisanstieg deutlich mehr als zweihundert Prozent.**
- **Völlig saisonunabhängig kam es dann zu einem Preisanstieg von fünfhundert Prozent.** Danach verfiel wieder der Gaspreis – und zwar bis unmittelbar vor dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022.
- **Der durch Putin entfesselte Gaskrieg kann aber nur 40 Prozent des Preisanstieges statistisch erklären, wie die Berechnungen auf der Basis linearer Trendgleichungen ergaben.** Der überwiegende Anteil ging nämlich auf das Konto westlicher Unternehmen mit ihren unverantwortlichen Preisspekulationen.



Wieviel an der Inflation ist aber dem schwachen Euro geschuldet? Ein Blick zeigt uns das Erstarren des Schweizer Franken. Lag im Jahr 2013 noch das Verhältnis des Euro zum Schweizer Franken bei 1:1,2. Für einen Euro erhielt man damals 1,2 CHF, 2022 wurde nahezu eine Parität erreicht.

Ein starker Franken bewirkt, dass die importierten Güter (vor allem Energie) sowie importierte Dienstleistungen billiger werden.

Die Folge ist aber eine Inflationsrate, die sich sehen lassen kann: nur 2,6 Prozent im April 2023! Zum Vergleich dazu lag die durchschnittliche Inflationsrate in der Eurozone bei sieben Prozent. Wäre es daher falsch, für die Differenz von fast fünf Prozent die EZB mit ihrer mörderischen Geldschwemme verantwortlich zu machen?

### **3. Welche Auswirkungen haben Realzinsverluste von zwei, fünf und acht Prozent auf die Sparguthaben?**

**Dabei wird immer wieder übersehen, dass es nicht die hohe Inflation ist, die unsere Sparguthaben vernichtet, sondern die schändliche Politik unserer Banken, die auf Sparguthaben keine Zinsen mehr zahlen. Unsere Banken sind übrigens auch an Anleihen nicht mehr interessiert. Eine Erklärung ist hierfür einfach zu finden: die Geldschwemme der EZB. Sie – die Banken – brauchen nämlich das Geld der Sparer nicht mehr!**

Die Europäische Zentralbank (EZB) strebte bis vor gut zwei Jahren eine Inflationsrate von zwei Prozent an.

**Selbst diese an sich moderate Inflationsrate führte aber in den zehn Jahren davor bei einer faktischen Nullzinspolitik der EZB zu einem Kaufkraftverlust von 18 Prozent.**

Mit anderen Worten: 2021 erhielt ich verglichen mit 2011 für 100 Euro nur mehr Waren und Dienstleistungen im Wert von 82 Euro.

Mit dieser Politik der EZB werden vor allem die „kleinen“ Leute bestraft, die nicht auf andere Sparformen ausweichen können!

**Die nunmehr folgende Aufstellung vermittelt eindrucksvoll die Kaufkraftverluste bei zwei, fünf und acht Prozent jährlicher Inflation: Wieviel sind 100 Euro nach zehn oder zwanzig Jahren noch wert?**

**Dabei erweist sich eine durchschnittliche jährliche Inflationsrate von acht Prozent – bei einer gegebenen Nullzinspolitik österreichischer Banken für täglich fällige Gelder – als ein Brandbeschleuniger ersten Grades: Halbierung der Sparguthaben innerhalb von nur zehn Jahren!**

<b>Tab1: Kaufkraft von € 100,-- bei jährlichen Realzinsen von minus zwei, minus fünf und minus acht Prozent nach zehn und zwanzig Jahren</b>			
	<b>Realzinsen: nominale Sparzinsen minus Inflationsrate</b>		
	<b>Minus zwei Prozent</b>	<b>Minus fünf Prozent</b>	<b>Minus acht Prozent</b>
<b>Ausgangsbetrag</b>	<b>100 €</b>	<b>100 €</b>	<b>100 €</b>
<b>Nach zehn Jahren</b>	<b>82 €</b>	<b>59 €</b>	<b>43 €</b>
<b>Nach zwanzig Jahren</b>	<b>67 €</b>	<b>36 €</b>	<b>19 €</b>

#### **4. Warum geben österreichische Großbanken selbst die eher bescheidenen Erhöhungen der Leitzinsen durch die EZB an die Sparer nicht weiter?**

Aktuell – Stand März 2023 – werden laut OENB von österreichischen Banken für täglich fällige Spareinlagen (Taggeld) Zinsen in der Höhe von 0,32 Prozent p.a. gewährt. Dies entspricht in etwa einem Fünfzehntel für täglich fällige Spareinlagen von fünf Prozent p.a. im Jahr 1974. Eine kalte Enteignung unserer Sparguthaben ist daher angesagt!

Die aktuellen Realzinsverluste (Stand Mai 2023) betragen bei täglich fälligen Sparguthaben mehr als minus neun Prozent pro Jahr und für solche mit bis zu einer zweijährigen Bindung zwischen minus sieben und minus acht Prozent.

Zur Wiederholung: Die Realzinsen lassen sich aus der Differenz zwischen Nominalzinsen und Inflationsrate berechnen. Und die Zinsen ihrerseits, so geringfügig sie immer sein mögen, unterliegen noch der Kapitalertragsteuer (KESt.) von 25 Prozent.

Die Begründung, warum Banken privaten Sparern keine Zinsen mehr zahlen, enthielt DER SPIEGEL in seiner Ausgabe vom 4. 2. 2023, Nr. 6.

Ich zitiere: „ Deutlich besser ergeht es den Banken. Sie profitieren etwa vom stark gestiegenen Einlagenzins, einem der Leitzinssätze der EZB. Die Notenbank verzinst damit überschüssiges Geld der Geschäftsbanken, das diese über Nacht bei ihr parken. Seit Donnerstag liegt der Satz bei 2,5 Prozent – und damit so hoch wie zuletzt im Jahr 2008.“

**Seit dem 10. Mai 2023 gilt übrigens im Euroraum ein durch die EZB festgelegter Zinssatz für Übernachteinlagen von 3,25 Prozent. Und wieviel davon geben unsere Banken an die leidgeprüften Sparer zurück? Genau Null-Komma-Josef!**

<b>Tab2: Realzinsen auf täglich fällige Sparguthaben sowie auf solche mit Bindung bei österreichischen Banken (Stand: April 2023)</b>			
	<b>Realzinsen: Nominalsparzinsen minus Inflationsrate</b>		
	<b>Nominalzinsen – in Prozent</b>	<b>Inflationsrate – in Prozent</b>	<b>Realzinsen – in Prozent</b>
<b>Täglich fällig (Taggeld)</b>	<b>0,32 %</b>	<b>9,7 %</b>	<b>Minus 9,38 %</b>
<b>Mit langjähriger Bindung</b>	<b>2 bis 3 %</b>	<b>9,7 %</b>	<b>Minus 6,7 % bis 7,7 %</b>

**Quellen: Oesterreichische Nationalbank, Statistik Austria sowie eigene Berechnungen**

## **5. Ist die Inflation von Dauer?**

**Die Parallelen mit den 1970er Jahren sind nämlich nicht mehr zu übersehen:**

Bereits zehn Jahre vor dem „Ölschock“ haben der Vietnamkrieg und die exzessiven Sozialprogramme der Regierung Lyndon B. Johnson einen enormen Finanzierungsbedarf entwickelt. Daher wurde auf die amerikanische Notenbank, Federal Reserve System (FED), ein gewaltiger Druck ausgeübt, damit die Leitzinsen niedrig blieben.

**Während damals die FED ungefähr zehn Jahre brauchte, um die Inflation durch eine nachhaltige Erhöhung der Leitzinsen wieder auf einen stabilitätskonformen Wert zu drücken, haben in Europa die Deutsche Bundesbank, aber auch die Österreichische Nationalbank prompt mit einer deutlichen Erhöhung der Leitzinsen – und damit verbunden der Sparzinsen – reagiert.**

**So betrug 1974 die Sparzinsen stolze fünf Prozent p.a. auf täglich fällige Spareinlagen, bei einer gegebenen Inflationsrate von 9,7 %.**

Die hohen Sparzinsen sicherten dann in den 1980er Jahren täglich fällige Spareinlagen vor Kaufkraftverlusten ab und bescherten Realzinsgewinne auf längerfristig gebundene Sparguthaben. Mehr dazu auf Tab3!

**Allerdings währte die hohe Inflation in Österreich mehr als zehn Jahre, von 1970 – 1982, mit jährlichen Inflationsraten zwischen fünf und fast zehn Prozent.**

Die Folgen einer solchen restriktiven Geldpolitik durch die Nationalbanken sollen aber auch nicht verschwiegen werden. Es kam damals zu einem massiven Wirtschaftseinbruch, der erst Jahre später wieder aufgeholt wurde.

Die Inflation wurde daher auf Kosten einer Rezession (Rückgang der nationalen Wirtschaftsleistung), die uns wiederum droht, besiegt.

**Aber damals wurden die Sparer geschützt, was aber diesmal nicht mehr der Fall sein wird!**

**Ein allfälliger Vergleich mit den Siebziger Jahren lehrt uns aber auch, dass die Inflation gekommen ist, um zu bleiben.**

Es bestehen daher durchaus Parallelen mit den Siebziger Jahren. Die heutige Situation ist aber ungleich brisanter, weil multipolar: Die damalige Ölkrise wurde durch einzelne, nur wenige geopolitische Schocks ausgelöst. Heute sind wir mit den wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Corona-Pandemie, dem Klimawandel, den Störungen im globalen Handel, dem Krieg in der Ukraine sowie einer galoppierenden Inflation konfrontiert.

**Tab3: Nominalzinsen, Inflationsrate und Realzinsen  
österreichischer Banken auf täglich fällige Spareinlagen  
zum Dezember des jeweiligen Jahres 1970 - 1991**

<b>Jahr</b>	<b>Nominalzinsen auf täglich fällige Spareinlagen</b>	<b>Inflationsrate</b>	<b>Realzinsen (Nominalzinsen minus Inflationsrate)</b>
1970	3,5%	4,6%	-1,1%
1971	3,5%	4,9%	-1,4%
1972	3,5%	7,6%	-4,1%
1973	3,5%	7,8%	-4,3%
1974	5,0%	9,7%	-4,7%
1975	5,0%	6,8%	-1,8%
1976	5,0%	7,2%	-2,2%
1977	4,5%	4,6%	-0,1%
1978	4,0%	3,7%	0,3%
1979	4,0%	4,7%	-0,7%
1980	5,0%	6,7%	-1,7%
1981	5,0%	6,4%	-1,4%
1982	5,0%	4,7%	0,3%
1983	4,0%	3,8%	0,2%
1984	4,0%	5,0%	-1,0%
1985	3,8%	2,8%	1,0%
1986	3,5%	1,1%	2,4%
1987	2,7%	2,1%	0,6%
1988	2,9%	1,9%	1,0%
1989	3,0%	2,9%	0,1%
1990	3,8%	3,5%	0,3%
1991	3,8%	3,1%	0,7%

**Quellen: Oesterreichische Nationalbank, Statistik Austria sowie eigene Berechnungen**



## **6. Warum brauchen wir gesicherte Sparguthaben?**

Eine solche dringend notwendige Maßnahme wie die „Rettung unserer Sparbücher“ wäre für Alt und Jung ein attraktives Angebot, um fürs Alter und für Eventualitäten des Lebens vorzusorgen. Ein „Notgroschen“ sozusagen. Es darf auch nicht vergessen werden, dass sehr viele Menschen in unserem Land bereits etwas größere Anschaffungen wie eine Waschmaschine beispielsweise nicht mehr aus den laufenden Einkommen (Gehalt, Lohn oder Pension) finanzieren können. Jüngere können sich dann vielleicht verschulden. Aber die Alten?

**Es wird ja noch so weit kommen, dass sich die Oma ihr eigenes Begräbnis nicht mehr leisten kann!**

Von den Jungen wird vielfach der Einwand vorgebracht, dass sie ohnehin über keinerlei Ersparnisse verfügen und daher ein solcher Vorschlag ins Leere ziele. Dabei wird aber völlig übersehen, dass sie oft von den älteren Generationen alimentiert werden. Eine solche kalte Enteignung privater Sparguthaben würde dann diesen Geldfluss versiegen lassen.

## **7. Warum wird vom Staat der verfassungsrechtliche Schutz privater Sparguthaben nicht garantiert**

Die österreichische Bundesverfassung gewährleistet in Artikel 5 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger von 1867 (StGG 1867) das Eigentum im Sinn einer Institutsgarantie. „Das Eigentum ist unverletzlich.

Eine Enteignung gegen den Willen des Eigentümers kann nur in den Fällen und in der Art eintreten, welche das Gesetz bestimmt.“ Und weiter: „Jede natürliche oder juristische Person hat das Recht auf Achtung ihres Eigentums. Niemanden darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn, dass das öffentliche Interesse es verlangt.“

**Dem Staat obliegt es daher, Maßnahmen gegen die niedrigen Leitzinsen der EZB und – vor allem – gegen die schändliche Nullzinspolitik auf Sparguthaben durch österreichische Großbanken zu ergreifen und dadurch das Spareigentum der Österreicher zu schützen. Und zwar durch das Angebot „Sparbuch Austria A“.**

## **8. Warum sollten österreichische Steuerzahler private Sparguthaben subventionieren?**

Bezüglich seiner Finanzierung sei nur darauf verwiesen, dass sich der österreichische Staat jährlich ungefähr sechs Milliarden Euro an Zinsen für die Schulden der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) erspart, die bei einem Zinsniveau des Jahres 2007 angefallen wären. Und davon profitieren die Euro-Staaten auch derzeit, da die EZB die Leitzinsen nur sehr „schaumgebremst „ angehoben hat.

Die Berechnungen bezüglich der Zinersparnis für die öffentliche Hand wurden von deutschen Bundesstellen für ihr Land durchgeführt und betragen ungefähr 55 Milliarden Euro jährlich. Für Österreich wurden sie proportional zu seiner Bevölkerungsgröße geschätzt.

Auf ein weiteres eindrucksvolles Beispiel von „windfall“-Einnahmen, die der österreichische Staat den leidgeprüften privaten Sparern – zumindest teilweise – rückerstatten müsste, verweist Agenda Austria mit ihrer Schätzung, dass die galoppierende Inflation Mehreinnahmen in Milliardenhöhe aus Mehrwert-, Lohn- und Einkommensteuer in die Kassen des Staates spült.

**Es ist daher nur recht und billig, wenn ein kleiner Teil dieser „windfall“-Gewinne (nicht mehr als zehn Prozent) an jene Bürger rückerstattet wird, deren Sparbücher durch EZB und österreichische Banken geplündert wurden und weiterhin verstärkt geplündert werden.**

## **9. Gibt es auch ausländische Vorbilder?**

„Oui, bien sûr“: In Frankreich wird seit 1818 – nach den Napoleonischen Kriegen – ein semistaatliches Sparbuch, ein „Livret A“, über dessen Ersparnisse man jederzeit verfügen kann (keine Bindung), angeboten.

**Die eingesammelten Gelder werden zum großen Teil zur Finanzierung des sozialen Wohnbaues verwendet!**

Der Zinssatz wird halbjährlich nach einer komplizierten Formel errechnet und liegt immer etwas unter der Hälfte der jährlichen Inflationsrate.

**Am 1. August 2022 wurde ein solcher von zwei Prozent festgelegt, der bis zum 1. Februar 2023 beibehalten wird. Bei einer gegebenen Inflationsrate von 5,6 Prozent (September 2022) in Frankreich sind dies fast 40 Prozent.**

**Warum aber blieb die Inflationsrate in Frankreich so niedrig?**

Ein entscheidendes Argument für einen allgemeinen „Energiepreisdeckel“ verweist auf Frankreich, wo dieser bereits im Vorjahr – und zwar für Strom **und(!)** Gas – eingerichtet und im heurigen Jahr fortgesetzt wurde. Des Weiteren gewährte der französische Staat Tankrabatte von 30 Cent pro Liter auf Benzin und Diesel.

**Experten vertraten daher die Ansicht, dass gerade diese Maßnahmen gewichtige Ursachen für die relativ niedrige Inflationsrate von 5,6 Prozent (September 2022) waren und immer noch sind, ungefähr halb so viel wie in Österreich.**

**Aber zurück zum „Livret A“: Dieses kann von natürlichen Personen (Obergrenze: € 22.950,--) wie auch von Vereinen (Obergrenze: € 76.500,--) eröffnet werden.**

**Praktisch jeder Franzose (über 80 Prozent) ist Inhaber eines solchen Sparbuches. Das sind fast 55 Millionen Sparkonten. Durchschnittlich werden aber nicht mehr als € 5.000,-- veranlagt. Ein Notgroschen eben!**

## **10. Wieviel wird uns diese Rettungsmaßnahme kosten?**

Es bestehen mehrere Verfahren die Kosten der geplanten Maßnahme zu schätzen.

**Viele Wege führen nämlich nach Rom. Einer davon soll hierorts präsentiert werden. Nämlich jener mit dem Bezug auf Frankreich: praktisch jeder Franzose besitzt ein Livret „A“ mit einer durchschnittlichen Einlage von nicht mehr als € 5.000,--.**

Im Jahr 2021 wurden für unser Land ungefähr 7.400.000 österreichische Staatsbürger ausgewiesen.

Man kann daher davon ausgehen, dass ungefähr sechs Millionen österreichische Staatsbürger wie auch Vereine unseres Landes das geförderte Sparangebot Sparbuch „Austria A“ in Anspruch nehmen können. Maximale Obergrenze!

**Daraus ergäbe sich, eine maximale jährliche Zinssubvention von 300 Millionen Euro – bezogen auf einen Prozentpunkt. Bei vier Prozent abzugeltenden Realzinsen wären dies 1,2 Milliarden Euro. Allerdings nur bei einer maximalen Inanspruchnahme!**

### **Abschließend noch eine grundsätzliche Überlegung: Warum darf in Österreich das Volk nicht entscheiden? Sind wir dazu zu blöd?**

In der Schweiz - ungefähr gleiche Bevölkerungsgröße wie in Österreich - dürfen die Proponenten 18 Monate lang 100.000 Unterstützungserklärungen sammeln, damit daraufhin eine für die Regierung bindende Volksabstimmung eingeleitet wird.

In Österreich hingegen bedarf es ebenfalls 100.000 Unterstützungserklärungen, damit sich das österreichische Parlament mit der Materie - mit ungewissem Ausgang - überhaupt beschäftigt.

**Erkennen Sie den Unterschied? In der Schweiz ist das Volk der Souverän, der letztlich die Entscheidungen trifft, währenddessen wir Österreicher lediglich als bescheidene Bittsteller fungieren dürfen.**



**Website:**

**<https://www.5-sterne-oesterreich.at>**

**E-Mail:**

**[fuenf-sterne-oesterreich@hotmail.com](mailto:fuenf-sterne-oesterreich@hotmail.com)**

**Youtube-Kanal: Kurt Traar**

**SPENDEN**

**5-Sterne-für-Österreich-Verein**

**Erste Bank**

**IBAN-Code: AT32 2011 1841 2117 6601**

**BIC-Code: GIBA ATWW XXX**

**Mitgliedschaften:**

**MITGLIED BEIM GEMEINNÜTZIGEN**

**5-STERNE-FÜR-ÖSTEREICH-VEREIN**

**WERDEN im Menü der Website**

**<https://www.5-sterne-oesterreich.at>**